



Thomas Demuth
Stadtverordnetenvorsteher

Bruchköbel, 12.11.2010

Niederschrift

Gremium	Stadtverordnetenversammlung
Sitzungsnummer	7/2010
Datum	Dienstag, dem 9. November 2010
Sitzungsbeginn	20:00 Uhr
Sitzungsende	22:59 Uhr
Ort	Stadtverordnetensitzungssaal, Hauptstraße 32, 63486 Bruchköbel

Teilnehmer:

Mitglied

Herr Thomas Demuth
Herr Dietmar Beilner
Herr Klaus-Dieter Broschowsky
Frau Patricia Bürgstein
Herr Achim Diethöfer
Frau Christine Empter
Frau Elke Förster-Helm
Herr Rainer Gustke
Herr Gunter Hartung
Herr Markus Held
Frau Stefanie Held
Herr Heinz Herold
Herr Gerd-Jürgen Jesse
Herr Reiner Keim
Frau Gisela Klein
Herr Johannes Kortenhoeven
Frau Katja Lauterbach
Herr Achim Lehwald
Frau Dana Pastor
Herr Francesco Piscitello
Herr Hans-Jürgen Poth
Herr Alexander Rabold
Herr Joachim Rechholz
Frau Barbara Reichelt
Herr Horst Roepenack
Herr Michael Schreier
Herr Thomas Stöppler
Herr Perry von Wittich
Herr Harald Wenzel
Frau Rosemarie Wenzel
Herr Helmut Wietoska

Magistratsmitglieder

Herr Günter Maibach

Herr Uwe Ringel
Frau Ingrid Cammerzell
Herr Edwin Jessl
Herr Manfred Lüer
Herr Josef Pastor
Herr Gerhard Rehbein
Herr Volker Schadeberg
Herr Jürgen Schäfer

Schrifführer

Herr Dr. Achim Wächtler

Verwaltung

Herr Dieter Opalla
Herr Björn Schutt

entschuldigt

Herr Johannes Haas
Herr Johann Sattmann
Herr Tobias Schadeberg
Herr Dr. Werner Skupin
Herr Winfried Weiß

Tagesordnung

Öffentliche Sitzung

TOP	DS-Nr.	Titel
1		Einwendungen gegen die Niederschrift aus der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 21.09.2010
2		Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers / Anfragen an den Stadtverordnetenvorsteher
3		Bericht des Magistrates über wichtige Verwaltungsangelegenheiten und Anfragen zu diesen Berichten
4		Berichte aus den Ausschüssen
5		Fragen zu aktuellen Themen
6	DS 224/2010	Antrag der BBB-Fraktion: Bildung eines Akteneinsichtsausschuss gem. § 50 Abs. 2 S. 2 HGO: Kindergärten der Stadt Bruchköbel
7	DS 225/2010	Antrag der BBB-Fraktion: Zustand der städtischen Bäder
8	DS 226/2010	Antrag der BBB-Fraktion: Prüfung Übernahme des Stromnetzes in Eigenregie
9	DS 227/2010	Antrag der BBB-Fraktion: Gleichbehandlung der Bürger bei Straßenbeiträgen
10	DS 228/2010	Antrag der FDP-Fraktion: Elektronische Post für die Stadt Bruchköbel
11	DS 194/2010	Angebot zum Erwerb von Geschäftsanteilen an der gemeinnützigen EAM Energieeffizienz Aktiv Mitgestalten gGmbH
12	DS 230/2010	Abwägung und Satzungsbeschluss Bebauungsplan "Bahnhof Bruchköbel"
13	DS 139/2010	Niederschlagung gegen Firma Salega Vertriebs GmbH
14	DS 144/2010	Niederschlagung gegen Herrn Wolfgang Müller
15	DS 210/2010	Verkauf eines Grundstückes "Im Lohfeld", Gemarkung Bruchköbel
16	DS 222/2010	Verkauf der städtischen Liegenschaft Schulzenstraße 1

Protokoll, Öffentliche Sitzung

Der Stadtverordnetenvorsteher begrüßt die Anwesenden, stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie mit 31 Stadtverordneten die Beschlussfähigkeit fest.

Gegen die Tagesordnung ergeben sich keine Einwände.

Vor Eintritt in die Tagesordnung gedenkt der Stadtverordnetenvorsteher zusammen mit allen Anwesenden dem verstorbenen Wilhelm Mehrling.

TOP 1		Einwendungen gegen die Niederschrift aus der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 21.09.2010
-------	--	--

Gegen die Niederschrift der Sitzung vom 21.9.2010 haben sich keine Einwände ergeben, sie gilt daher als genehmigt.

TOP 2		Mitteilungen des Stadtverordnetenvorstehers / Anfragen an den Stadtverordnetenvorsteher
-------	--	---

Der Stadtverordnetenvorsteher teilt mit, dass der Stadtverordnete Knickel von der SPD-Fraktion sein Mandat niedergelegt habe. Für ihn sei Rosemarie Wenzel als Stadtverordnete nachgerückt. Der Stadtverordnetenvorsteher begrüßt sie zusammen mit sämtliche anderen Kolleginnen und Kollegen der Stadtverordnetenversammlung herzlich.

Weiter berichtet er, dass der Stadtverordnete Hormel von der CDU-Fraktion sein Mandat ebenfalls niedergelegt habe. Das Nachrückverfahren laufe noch.

Weiter berichtet der Stadtverordnetenvorsteher von einer Anfrage der Stadtverordneten Rabold, Klein und Beilner an ihn. Er habe die Anfrage an den zuständigen Dezernenten weitergeleitet.

TOP 3		Bericht des Magistrates über wichtige Verwaltungsangelegenheiten und Anfragen zu diesen Berichten
-------	--	---

Der Bürgermeister berichtet, dass wahrscheinlich in der Nacht auf Montag der Tresor in der Kasse des Rathauses aufgebrochen worden sei. Aus dem Tresor wurden Kleinstbeträge an Bargeld entwendet.

Der Bürgermeister berichtet von einem Gas-Unglücksfall auf dem Campinggelände des Bärensees. Dort sei in der Nacht auf Sonntag tragischerweise ein zwölfjähriger Junge im Schlaf zu Tode gekommen.

Er berichtet, dass neue Hinweisschilder im Bruchköbeler Wald aufgestellt worden seien.

Er kommt auf die eben angesprochene Anfrage zu Daten aus den städtischen Kindertagesstätten, im Wesentlichen inhaltsgleich mit dem Begehrt hinsichtlich des Akteneinsichtsausschusses, zurück und überreicht den Fraktionsvorsitzenden einen entsprechenden Bericht. Er berichtet ausführlich Details zu Verfahren und Schriftwechsel in dieser Sache mit der BBB-Fraktion und auch mit dem Main-Kinzig-Kreis. Er kritisiert, dass abgesehen von der unklaren Sinnhaftigkeit der Anfrage wiederum dem Magistrat Fristen unzulässigerweise gesetzt worden seien. Außerdem berichtet er, dass die Beantwortung der Anfrage umfangreiche Recherchemaßnahmen auch in den Kitas zur Folge gehabt hätten, so dass 56 Arbeitsstunden allein dort, sowie nochmals 7 h Arbeit durch die pädagogische Fachkraft angefallen seien.

Darüber hinaus habe sich die BBB-Fraktion beim Thema Aufstellung eines Schaukastens am Inneren Ring ungewöhnlicherweise direkt an den stellvertretenden Bauhof-Leiter gewandt. Das

entspreche nicht der allgemein anerkannten Übung und des Dienstwegs. Er bemerkt im Zusammenhang, dass es auch völlig unnötig gewesen wäre, hier eine kostenmäßige Gleichbehandlung einzufordern. Dies mache die Verwaltung auch ohne Hinweis.

Schließlich berichtete er über die Ausländerbeiratswahlen am vergangenen Sonntag. Von rund 1200 Wahlberechtigten seien 56 zur Wahl gegangen. Die Ergebnisse werden in den nächsten Tagen veröffentlicht.

Der Stadtverordnete Rabold kommt auf den Bericht des Bürgermeisters zu den Kindergartenplätzen zurück. Es sei gesetzlich klar geregelt dass die Fraktionen Fragerechte hätten, die auch vom Bürgermeister nicht einfach weg diskutiert werden könnten. Dass die Ausübung dieses Fragerechts auch dringend notwendig sei, ergebe sich im Zusammenhang auch aus dem Umstand, dass der Bedarfs- und Entwicklungsplan für die Kindertagesstätten immer noch nicht vorliege. Der Beschluss sei nunmehr fast zwei Jahre alt. Im weiteren Zusammenhang kommt er auf den fehlenden Haushaltsentwurf 2011 zurück, auch hier seien Nachfragen sicher am richtigen Platz. Der Stadtverordnete Keim kritisiert den Antrag hinsichtlich der Bildung eines Akteneinsichtsausschusses, den er im Zusammenhang mit den eben gegebenen Antworten als unnötigen Schnüfelausschuss bezeichnet.

TOP 4	Berichte aus den Ausschüssen
-------	------------------------------

Der Stadtverordnete Keim berichtet über die Verhandlungen und Ergebnisse der Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung, Kultur und Soziales am 26.10.2010.

TOP 5	Fragen zu aktuellen Themen
-------	----------------------------

Die CDU-Fraktion hat keine Anfragen.

Für die SPD Fraktion fragt der Stadtverordnete v.Wittich:

1. Wie ist die Planung für den Haushalt 2011? Aus welchen Gründen wurde der Haushaltsentwurf noch nicht vorgelegt? Wann wird er vorgelegt?
2. Was ist der aktuelle Stand bei der Aufstellung des Bedarfs- und Entwicklungsplans für die Kindertagesstätten in Bruchköbel? Wann kann mit einer Vorlage gerechnet werden?
3. Wie ist der Status beim Bau der neuen Sporthalle? Liegt der Bau im Zeitplan? Welche Verzögerungen ergeben sich? Wie wirkt sich gegebenenfalls die Insolvenz der Firma Maibach auf den Bau aus?

Der Bürgermeister bekundet zur ersten Frage, dass er schon in der vergangenen Sitzung über die Ursachen berichtet habe. Mittlerweile sei auch noch das Amt für Straßen und Verkehrswesen wegen einer grundhaften Sanierung der Hauptstraße auf ihrer gesamten Länge auf die Stadt zu gekommen. Möglicherweise sind daher noch Kanalbau-Maßnahmen vorzuziehen, die Überarbeitung der Kita-Planstellen, ein eventueller Kita-Neubau bzw. Anbauten seien einzuplanen. Die Vorlage des Haushaltes 2011 sei zur Sitzung am 01.02.2011 geplant.

Zur zweiten Frage erläutert er, dass die Planungen weit vorangeschritten seien, die Vorlage sei zur Sitzung am 14.12.2010 geplant.

Zur dritten Fragefrage erläutert der Bürgermeister in einer persönlichen Erklärung, dass er seine Geschäftsanteile an der Elektro Maibach GmbH bereits im Jahr 2006, also deutlich vor der Bürgermeisterwahl, verkauft habe.

Im Übrigen erläutert der Erste Stadtrat, dass der Zeitplan nicht eingehalten werden könne. Derzeit werde von einem Fertigstellungstermin Ende Januar 2011 ausgegangen. Die Verzögerungen hätten sich unter anderem auch durch die Insolvenz der Elektro Maibach GmbH ergeben, hier werde im Moment ein Unternehmen durch den Main-Kinzig-Kreis als Bauherr gesucht, das ersatzweise deren Auftrag ausführt. Kostenmäßig werde derzeit etwas über die seinerzeit veranschlagten 3,8 Millionen € kalkuliert, aber deutlich unter 4 Millionen €.

Der Stadtverordnete v.Wittich stellt klar, dass er mit seiner Anfrage keinen Zusammenhang zwischen dem Bürgermeister und der Firma Elektro Maibach GmbH herstellen wollte.

Der Stadtverordnete Rabold teilt mit, er habe keine schriftliche Anfrage für die BBB Fraktion gestellt, werde aber gleichzeitig Stellung nehmen zur eben gegebenen Antwort hinsichtlich des Haushalts 2011. Er ist der Auffassung, dass dieser Haushalt aus rechtlicher Sicht bereits hätte eingebracht werden müssen. Der Verdacht liege nahe, dass die Zahlen so verheerend seien, dass die Beratung und Beschlussfassung über den Wahltermin zur Kommunalwahl am 27.03.2011 hinübergerettet werden solle. Er weist darauf hin, dass eine sehr späte Haushaltsverabschiedung, vielleicht Mitte 2011, mit der dann folgenden Zeitspanne zur Genehmigung des Haushaltes eine faktische Verhinderung von Investitionsmaßnahmen im Jahr 2011 darstelle. Er verlangt die Vorlage eines Haushaltsentwurfs 2011 zum 14.12.2010, größere Änderungen könnten, dann auch rechtmäßig, mittels eines Nachtragshaushaltes noch 2011 eingearbeitet werden. Der Bürgermeister weist zurück, dass er die Beschlussfassung und Beratung hinauszögern wolle, bislang hätten nur rund ein Drittel der Kreiskommunen ihren Haushaltsentwurf vorgelegt. Aktuell seien Entwicklungen aufgekommen, die einzuarbeiten seien und das koste Zeit.

Für die FDP-Fraktion fragt der Stadtverordnete Jesse:

1. Die Verwaltung wird gebeten über den derzeitigen Stand der Baumfällarbeiten in der Haagstraße und über die geplante Umsetzung des Stadtverordnetenbeschlusses zu berichten.
2. Welche Kosten sind bisher für die Planung Neubau Hallenbad Bruchköbel angefallen. Welche Kosten werden noch in Kürze im Rahmen von bereits eingegangenen Verpflichtungen auf die Stadt zu kommen.

Der Erste Stadtrat fragt nach dem entsprechenden Stadtverordnetenbeschluss. Der Stadtverordnete Jesse bekundet, dass zumindest ein Magistratsbeschluss vorgelegen habe. Das bejaht der Erste Stadtrat, die entsprechende Auftragsvergabe sei derzeit in Vorbereitung; D diesbezügliche Vorlage werde dem Magistrat demnächst vorgelegt.

Zur zweiten Frage berichtet er, dass allein aus dem aktuellen Workshop rund 8.500,- € angefallen seien. Darüber hinaus seien noch aus der Planung des Jahres 2007 Kosten angefallen.

Die Fraktion B90/Grüne haben keine Anfrage.

TOP 6	DS 224/2010	Antrag der BBB-Fraktion: Bildung eines Akteneinsichtsausschuss gem. § 50 Abs. 2 S. 2 HGO: Kindergärten der Stadt Bruchköbel
-------	-------------	---

Der Stadtverordnetenvorsteher geht davon aus, dass der als Antrag benannte Text nicht verhandelt und abgestimmt werden müsse. Es sei klar geregelt, dass ein Akteneinsichtsausschuss einzurichten sei, wenn dies eine Fraktion verlange. Dies sei geschehen und der Akteneinsichtsausschuss daher einzurichten.

Der Stadtverordnete Rabold bekundet im Zusammenhang, dass der Inhalt des Akteneinsichtsausschusses identisch sei mit der an den Stadtverordnetenvorsteher gegangenen Anfrage von Stadtverordneten der BBB-Fraktion. Ob die soeben vorgelegte Antwort ausreichend sei, könne er noch nicht beurteilen. Er geht davon aus, dass die Ergebnisse der Beantwortung in den nächsten Tagen durchgesehen und sodann entschieden werden könne, ob sich die Einrichtung eines Akteneinsichtsausschusses erledigt habe.

Der Stadtverordnetenvorsteher fragt, ob damit konkret die Einrichtung weiter verlangt werde. Das bejaht der Stadtverordnete Rabold. Der Stadtverordnete v.Wittich spricht für ein Zurückziehen des Antrags, die Antworten seien gegeben und wird darin vom Stadtverordneten Keim unterstützt. Der Stadtverordnete Wenzel geht davon aus, dass die Debatte zu Berichten ermüdend sei. Eine noch detailliertere Beantwortung dieser Fragen in einem Ausschuss belaste die Verwaltung zu stark. Der Stadtverordnete Rabold besteht insofern auf die Einrichtung des Ausschusses,

die Unterlagen hätten so zeitig vorgelegt werden können, dass eine inhaltliche Prüfung bis einschließlich heute Abend möglich gewesen wäre.

Der Stadtverordnetenvorsteher bekundet, das Präsidium werde am heutigen Abend einen Termin zur konstituierenden Sitzung festlegen. Die Fraktionen mögen rechtzeitig ihre Mitglieder benennen.

TOP 7	DS 225/2010	Antrag der BBB-Fraktion: Zustand der städtischen Bäder
-------	-------------	--

Der Stadtverordnete Rechholz trägt den Antrag vor und spricht in diesem Sinne:

„Der Magistrat wird beauftragt, für die Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung kurzfristig einen Ortstermin zur Besichtigung des Hallen- und Freibades sowie zur Feststellung des baulichen Zustandes derselben durchzuführen. Zum Ortstermin werden die Betriebsleitung des Eigenbetriebs, die Mitglieder der Eigenbetriebskommission, ein Schwimmmeister, Vertreter der badnutzenden Vereine, Vertreter der badnutzenden Schulen, Vertreter des Seniorenbeirats der Stadt sowie Vertreter des Behindertenbeirates des MKK eingeladen.“

Der Bürgermeister bekundet, dass das Freibad ohne technische Beanstandungen während der Saison durchgelaufen sei. Vor kurzem sei ein Schaden an der Kaltwasserleitung aufgetreten, dieser sei behoben und als Versicherungsfall gemeldet worden. Beim Hallenbad wurde kurz vor Beginn der Saison ein kleiner Schaden, Undichtigkeit in der Beckenfolie, erkannt und beseitigt. Dies habe rund 1.300 € kostet.

Der Stadtverordnete Wenzel geht davon aus, dass die Planung des Hallenbades nach Durchführung des Workshops zurück an die Politik gegeben worden sei. Das bedeute, dass die Ergebnisse zum Beispiel in der kommenden Eigenbetriebskommission diskutiert werden. Die Stadtverordnete Lauterbach geht davon aus, dass die ehrenamtlichen Mandatsträger keinerlei Beurteilung über den baulichen Ist-Zustand abgeben können. Ohne Ergebnisse würden bei so einer Besichtigung zu viele Leute bewegt. Der Stadtverordnete v.Wittich spricht gegen den Antrag, die SPD-Fraktion habe vor dem Antrag zum Neubau des Hallenbades Erkundigungen eingezogen, die Ergebnisse hätten immer noch Bestand. Die Stadtverordnetenversammlung müsse ihre volle Kraft auf die Umsetzung des Neubau-Beschlusses richten. Der Stadtverordnete Jesse sieht ebenfalls keine Möglichkeit, den konkreten Zustand des Bades zu beurteilen, jedenfalls sei ein massives „schlecht reden“ schädlich. Die FDP-Fraktion habe sich ebenfalls bereits informiert. Der Stadtverordnete Rechholz geht davon aus, dass ein Besichtigung innerhalb des Workshops durchgeführt hätte werden müssen, das sei nicht geschehen. Ebenfalls lägen aus dem Workshop keinerlei Kostenansätze im Sinne von jährlichen Folgekosten vor. Dass ein neues Bad errichtet werden müsse, sei völlig unstrittig, da für ein Mittelzentrum ein Hallenbad notwendig sei. Er gehe im Übrigen davon aus, dass die jährlichen Folgekosten eines Neubaus deutlich unter den jährlichen Kosten des aktuellen Bades lägen. Der Erste Stadtrat bekundet, dass entsprechende Zahlen genannt worden seien, auch im Sinne einer Zeitschiene für die erstmalige Kostenerhebung der Betriebskosten. Ein Begehung hinsichtlich des Ist-Zustandes führe an der Realität vorbei. Der Stadtverordnete Rabold meint, dass eine Begehung zweckmäßig und erforderlich sei, insbesondere wenn man die aktuellen Schäden in Betracht zieht. Die Eigenbetriebskommission sei nicht für die politische Planung berufen, sondern die Stadtverordnetenversammlung. Im Zusammenhang müsse betrachtet werden, dass ohne einen rechtzeitig beschlossenen Haushalt 2011 ein Baubeginn für ein neues Hallenbad in 2011 definitiv nicht möglich sei. Damit würden auch Landeszuwendungen wohl endgültig wegfallen.

Abstimmung: bei 8 Ja-Stimmen, 13 Nein-Stimmen und 10 Enthaltungen abgelehnt

TOP 8	DS 226/2010	Antrag der BBB-Fraktion: Prüfung Übernahme des Stromnetzes in Eigenregie
-------	-------------	--

Der Stadtverordnete Rabold spricht im Sinne des Antrags und auch im Sinne des Änderungsantrags, der zwischenzeitlich von der Fraktion B90/Grüne vorgelegt worden sei. Der Stadtverordnete Wenzel trägt den Änderungsantrag vor und spricht in diesem Sinne. Die Vorarbeiten seien in der Verwaltung schon gelaufen, der Änderungsantrag nehme diese Vorarbeiten auf. Der Bürgermeis-

ter informiert über die Details der demnächst auslaufenden Konzession. Eine Vorerkundung durch Ausschreibung im Bundesanzeiger sei getätigt worden. Interessiert hätten sich die EON und die OVAG gemeldet, von Seiten der OVAG sei die Bewerbung um das Stromnetz in Bruchköbel eher formell betrieben worden, so der Eindruck. Er geht im Übrigen davon aus, dass die entsprechende Initiative des Landrats des Main-Kinzig-Kreises zu spät gekommen sei, da einige anderen Kommunen ihre Konzession schon längst verlängert hätten. Der Wert des Stromlieferungsnetzes betrage in etwa 6 - 10 Millionen €.

Der Stadtverordnete v.Wittich schlägt vor, die beiden Anträge zusammenzufassen, der Stadtverordnete Wenzel macht sich dies zu Eigen.

Der Stadtverordnetenvorsteher bekundet demnach, dass die Anträge inhaltlich zusammengefasst werden. Der Stadtverordnete Jesse meint, dass der Änderungsantrag zu einschränkend formuliert sei, er stehe für eine offene Formulierung. Der Stadtverordnetenvorsteher geht davon aus, dass mit der Zusammenfassung der Anträge eine unterschiedliche Abstimmungsweise nicht vereinbar sei. Nach Diskussion formuliert die Fraktion B90/Grüne ihren Änderungsantrag als Ergänzungsantrag. Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über den Ursprungsantrag mit dem Ergänzungsantrag gemeinsam abstimmen.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Beschluss:

„Der Magistrat wird gebeten zu prüfen, ob und gegebenenfalls mit welchem Betreibermodell die Stadt Bruchköbel das Stromnetz nach dem Auslaufen des derzeitigen Konzessionsvertrags Ende 2011 in eigener Regie betreiben kann.

Insbesondere wird der Magistrat beauftragt, mit den Kreiswerken Main-Kinzig und den Maintal-Werken Kontakt aufzunehmen, um Möglichkeiten des partnerschaftlichen Betriebes des Stromnetzes der Stadt Bruchköbel nach Auslaufen des derzeitigen Konzessionsvertrags zu prüfen.“

Die Stadtverordnetenversammlung pausiert von 21:26 bis 21:36 Uhr.

Währenddessen verlässt die Stadtverordnete Bürgstein die Sitzung endgültig.

Der Stadtverordnetenvorsteher eröffnet die Sitzung erneut und stellt mit nunmehr 30 anwesenden Stadtverordneten die Beschlussfähigkeit fest.

Vor Aufruf des nächsten Tagesordnungspunktes verlassen die Stadtverordnete Lauterbach, Lehwald und Beilner den Sitzungssaal im Sinne des Paragraphen 25 HGO. Damit sind 27 Stadtverordnete im Sitzungssaal anwesend.

TOP 9	DS 227/2010	Antrag der BBB-Fraktion: Gleichbehandlung der Bürger bei Straßenbeiträgen
-------	-------------	---

Der Stadtverordnete Rabold spricht im Sinne des Antrags. Er erläutert Details insbesondere hinsichtlich der Problematik der fiktiven Entwässerungskosten und einzelner Verfahrensstände, also Widersprüche bzw. Verfahren vor dem Verwaltungsgericht. Jedenfalls ergebe sich für die fiktiven Entwässerungskosten keinerlei Rechtsgrundlage. Faktisch solle mit dem Antrag erreicht werden, dass auch Anlieger, die sich nicht eines Rechtsmittels bedient hätten, an den Ergebnissen der einzelnen Verfahren im Sinne der Gleichbehandlung teilhaben.

Der Bürgermeister bekundet, dass am 02.11. eine Informationsveranstaltungen für die Anlieger der Waldseestraße stattgefunden habe. Er stellt klar, dass am Ende sämtlicher Verfahren rechtmäßige Verwaltungsakte erstellt werden. Er trägt die Stellungnahme des beratenden Rechtsanwaltes vor und kündigt insofern die Rücknahme von etwaig rechtswidrigen aber bestandskräftigen Bescheiden im Rahmen der Einzelfallgerechtigkeit an. Bislang wurde in anderen Straßenbeitragsverfahren ebenso verfahren, zuletzt für die Bergwerkstraße beziehungsweise Kleines Feld. In allgemeiner Hinsicht könne diese Verfahrensweise, wie sie der Antrag nahe lege, nicht empfohlen werden. Der Stadtverordnete Rabold meint, dass durch die Ausführung des Bürgermeisters der Antrag der BBB Fraktion unterstützt werde, wenn das Verwaltungshandeln bislang schon

so ausgeübt wurde. Der Stadtverordnete v.Wittich stellt einen Änderungsantrag im Sinne eines Ergänzungsantrags als Ziffer 2.

Der Erste Stadtrat bekundet, es handele sich um eine hochkomplizierte Materie. Die Unterstellung, dass sich die Stadt an den Bürgern bereichern könne, sei schon tatsächlich unsinnig. Schließlich würden nur die anfallenden Baukosten auf die Anleger aufgeteilt. Zu Chancen und Risiken eines eigenen Widerspruches oder anderen Rechtsmittels könne sich der Einzelne durch Akteneinsicht, zum Beispiel Schlussrechnungen der Bauunternehmungen und des städtischen Umrechnungsmaßstabes, informieren. Auch nur ein erfolgreiches Rechtsmittel führe zur Neuberechnung sämtlicher Bescheide. Eine ständige Information über die Kostenentwicklung sei rein faktisch nicht möglich.

Der Stadtverordnete Keim bittet um Einzelabstimmung. Der Stadtverordnete Rabold bekundet, dass es nicht um Misstrauen gegenüber der Verwaltung gehe, sondern diejenigen Anleger, die kein Rechtsmittel eingelegt hätten und möglicherweise zum Schluss schlechter gestellt seien. Mit der heutigen Beschlussfassung gehe es darum, dass eine Rücknahme von rechtswidrigen Verwaltungsakten auch tatsächlich in der Gesamtheit erfolge.

Der Stadtverordnete Wenzel bekundet er habe gerade gehört, dass die Verwaltung auch schon bislang eine komplette Neuberechnung durchführe.

Er beantragt im Übrigen die Verweisung des Antrags der SPD-Fraktion in den Haupt und Finanzausschuss, da hier dringend Facherläuterungen notwendig seien. Der Stadtverordnete v.Wittich spricht gegen den Verweisungsantrag, die konkrete Ausgestaltung solle durch die Verwaltung erfolgen.

Abstimmung zum Verweisungsantrag: bei 9 Ja-Stimmen und 18 Nein-Stimmen abgelehnt.

Die Stadtverordnetenversammlung pausiert von 22:05 Uhr bis 22:08 Uhr. Der Stadtverordnetenvorsteher eröffnet die Sitzung erneut und stellt mit 27 Stadtverordneten die Beschlussfähigkeit fest.

Der Stadtverordnete Keim bekundet, dass der SPD Antrag mit Leben gefüllt werden müsse, dem BBB Antrag sei hingegen nicht zuzustimmen.

Abstimmung zum Antrag der BBB Fraktion: bei 17 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen beschlossen

Abstimmung zum SPD Ergänzungs Antrag: bei 21 Ja-Stimmen und drei Nein-Stimmen beschlossen.

Beschluss:

„1. Im Zusammenhang mit der aktuellen Erhebung von Straßenbeiträgen bei den Anwohnern in Waldstraße, Waldseestraße und gegebenenfalls weiterer Straßen wird sichergestellt, dass die Anwohner hinsichtlich der Rechtmäßigkeit der städtischen Beitragsbescheide im Ergebnis gleich behandelt werden. Wenn sich herausstellt, dass den städtischen Bescheiden rechtsfehlerhafte Überlegungen zu Grunde liegen, sind auch die Bescheide der Anwohner, die keinen Widerspruch oder keine Klage erhoben haben, nachträglich zu ihren Gunsten abzuändern. Die Stadt darf sich nicht auf Kosten ihrer Bürger bereichern.

2. Künftig werden betroffene Bürgerinnen und Bürger bereits während der Bauphase laufend und aktuell über Veränderungen der voraussichtlichen Straßenbeiträge informiert.“

Der Stadtverordnetenvorsteher bittet die Stadtverordneten Lauterbach, Lehwald und Beilner in den Sitzungssaal zurück, damit sind 30 Stadtverordnete im Sitzungssaal anwesend. Er gibt den Stadtverordneten Lauterbach, Lehwald und Beilner das Abstimmungsergebnis bekannt.

TOP 10	DS 228/2010	Antrag der FDP-Fraktion: Elektronische Post für die Stadt Bruchköbel
--------	-------------	--

Der Stadtverordnete Jesse spricht im Sinne des Antrags.

Die Stadtverordnete Empter spricht gegen den Antrag, die Post agiere außerhalb des entsprechenden Konsortiums und habe ein eigenes Produkt entwickelt, das freilich technisch sehr äh-

lich sei. Unterschiede seien im Preisgefüge vorhanden, der De-Post-Brief koste 0,55 €, das Konkurrenzprodukt nur 0,15 €. Der Stadtverordnete v.Wittich geht davon aus, dass am Ende nur die Arbeitsplätze der Kolleginnen und Kollegen in der Briefzustellung gefährdet seien. Das dürfe nicht gefördert werden. Der Bürgermeister bekundet, auf Dauer werde man sich solcherlei Entwicklungen nicht verschließen können. Der Stadtverordnete Rechholz fragt, ob sich entscheidende Vorteile für die Verwaltung ergeben. Der Bürgermeister bekundet, das müsse geprüft werden, da jedenfalls derzeit noch nicht hinreichend viele Bürgerinnen und Bürger entsprechende De-Post-Konten bei der Post AG unterhielten.

Abstimmung: bei 19 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und einer Enthaltung beschlossen.

Beschluss:

„Die Verwaltung möge sich darum bemühen, an der Einführung des Systems der De-Post teilzunehmen. Der Einstieg ist sinnvoll, da das System bereits implementiert wird und die Nutzung der Stadt Bruchköbel erhebliche Einsparungen an Portokosten erbringen kann.“

TOP 11	DS 194/2010	Angebot zum Erwerb von Geschäftsanteilen an der gemeinnützigen EAM Energieeffizienz Aktiv Mitgestalten gGmbH
--------	-------------	--

Der Bürgermeister erläutert Details zur Vorlage, an der Aussprache beteiligt sich der Stadtverordnete v.Wittich.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Dem Erwerb eines Geschäftsanteils in Höhe von 100 € und damit der Beteiligung an der gemeinnützigen EAM Energieeffizienz Aktiv Mitgestalten GmbH wird zugestimmt.
2. Der Magistrat wird ermächtigt, die zur Umsetzung des Beschlusses erforderlichen Erklärungen in der jeweils rechtlich gebotenen Form rechtsverbindlich abzugeben.

TOP 12	DS 230/2010	Abwägung und Satzungsbeschluss Bebauungsplan "Bahnhof Bruchköbel"
--------	-------------	---

Der Erste Stadtrat erläutert Details zu den Planungen, er bittet um Abstimmung über die Punkte der Abwägung in der heutigen Sitzung. Der Stadtverordnete v.Wittich meint, dass Sorgfalt vor Zeitersparnis kommen müsse. Er vermisst konkrete weiterführende Informationen. Die Unterlagen seien hier, wie häufig in diesem Verfahren, außerordentlich kurzfristig zugegangen. Das schalltechnische Gutachten und auch das Verkehrsgutachten liegen der Stadtverordnetenversammlung nicht vor.

Er beantragt die Verweisung der Sache in den Ausschuss für Bau, Umwelt und Verkehr.

Der Stadtverordnete Rabold spricht gegen die Verweisung. Die Unterlagen seien zwar spät, aber in einem überschaubaren Umfang zugesendet worden. Im Übrigen habe die BBB-Fraktion diesmal selbst eine Vorabstimmung mit dem Ersten Stadtrat durchgeführt. Ein rascher Beschluss sei erforderlich, da ansonsten Mittelübertragungen aus dem Haushalt 2010 in den Haushalt 2011 notwendig wären. Das wäre bei aktueller Haushaltsplanung für 2011, wie vom Bürgermeister gehört, frühestens Mitte 2011 der Fall.

Abstimmung zum Verweisungsantrag bei 10 Ja-Stimmen 20 Nein-Stimmen abgelehnt.

Der Stadtverordnetenvorsteher bittet, eine inhaltliche Debatte vor der Abstimmung zu führen, nicht bei den Einzelziffern. Der Stadtverordnete Rabold spricht im Sinne der Vorlage. Er bittet, bei zukünftigen Vorlagen eine redaktionelle Glättung der Beschlusstexte zu erreichen, insbeson-

dere sich gegenseitig ausschließende Beschlusstexte zu vermeiden. Der Stadtverordnete Wenzel spricht im Sinne der Vorlage.

Sodann lässt der Stadtverordnetenvorsteher über die Einzelziffern abstimmen.

Ziffer 1:

Seite 4 Nr. 1: bei 20 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen beschlossen
Seite 4 Nr. 2: bei 20 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen beschlossen

Seite 5 Nr. 3: bei 20 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen beschlossen

Seite 6 Nr. 1: bei 20 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen beschlossen
Seite 6 Nr. 2: bei 20 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen beschlossen

Seite 7 Nr. 3: bei 20 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen beschlossen

Seite 9 Nr. 1-3: bei 20 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen beschlossen
Seite 9 Nr. 4: bei 20 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen beschlossen

Seite 10 Nr. 5: bei 20 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen beschlossen
Seite 10 Nr. 6: bei 20 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen beschlossen
Seite 10 Nr. 7: bei 20 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen beschlossen
Seite 10 Nr. 8: bei 20 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen beschlossen

Seite 11 Nr. 9: bei 20 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen beschlossen
Seite 11 Nr. 10: bei 20 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen beschlossen

Seite 12 Nr. 1: bei 20 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen beschlossen
Seite 12 Nr. 2: bei 20 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen beschlossen

Seite 13 Nr. 1: bei 20 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen beschlossen
Seite 13 Nr. 2: bei 20 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen beschlossen
Seite 13 Nr. 3: bei 20 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen beschlossen

Seite 14 Nr. 4: bei 20 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen beschlossen
Seite 14 Nr. 5: bei 20 Ja-Stimmen und 10 Nein-Stimmen beschlossen

Seite 15 Nr. 1: bei 17 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen beschlossen
Seite 15 Nr. 2: bei 17 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen beschlossen
Seite 15 Nr. 3: bei 17 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen beschlossen
Seite 15 Nr. 4: bei 17 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen beschlossen
Seite 15 Nr. 5: bei 17 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen beschlossen
Seite 15 Nr. 6: bei 17 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen beschlossen

Seite 16 Nr. 1: bei 17 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen beschlossen

Seite 17 Nr. 1: bei 17 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen beschlossen
Seite 17 Nr. 2: bei 17 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen beschlossen

Seite 18 Nr. 1: bei 17 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen beschlossen
Seite 18 Nr. 2: bei 17 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen beschlossen
Seite 18 Nr. 3: bei 17 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen beschlossen

Seite 19 Nr. 4: bei 17 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen beschlossen
Seite 19 Nr. 5: bei 17 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen beschlossen

Seite 19 Nr. 6: bei 17 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen beschlossen
Seite 19 Nr. 7: bei 17 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen beschlossen
Seite 19 Nr. 8: bei 17 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen beschlossen

Seite 20 Nr. 1: bei 17 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen beschlossen
Seite 20 Nr. 2: bei 17 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen beschlossen
Seite 20 Nr. 3: bei 17 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen beschlossen

Seite 21 Nr. 4: bei 17 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen beschlossen
Seite 21 Nr. 5: bei 17 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen beschlossen

Seite 22 Nr. 6: bei 17 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen beschlossen
Seite 22 Nr. 7: bei 17 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen beschlossen
Seite 22 Nr. 8: bei 17 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen beschlossen
Seite 22 Nr. 9: bei 17 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen beschlossen
Seite 22 Nr. 10: bei 17 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen beschlossen
Seite 22 Nr. 11: bei 17 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen beschlossen
Seite 22 Nr. 12: bei 17 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen beschlossen

Seite 23 Nr. 13: bei 17 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen beschlossen
Seite 23 Nr. 14: bei 17 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen beschlossen

Seite 24 Nr. 1: bei 17 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen beschlossen
Seite 24 Nr. 2: bei 17 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen beschlossen

Seite 25 Nr. 1: bei 17 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen beschlossen
Seite 25 Nr. 2: bei 17 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen beschlossen

Seite 26 Nr. 1: bei 17 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen beschlossen
Seite 26 Nr. 2: bei 17 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen beschlossen

Ziffer 2: bei 20 Ja-Stimmen 10 Nein-Stimmen beschlossen

Ziffer 3: bei 20 Ja-Stimmen 10 Nein-Stimmen beschlossen

Ziffer 4: bei 20 Ja-Stimmen 10 Nein-Stimmen beschlossen

TOP 13	DS 139/2010	Niederschlagung gegen Firma Salega Vertriebs GmbH
--------	-------------	---

Der Stadtverordnete Rabold fragt, ob mit der Vorlage auf die Forderung endgültig verzichtet werde, wenn die Forderung zur Tabelle angemeldet und dann möglicherweise mangels Masse gar keine beziehungsweise nach Aufteilung eine nur unzureichende Ausschüttung erfolgt sei. Der Bürgermeister bekundet, es sei eine kassentechnische Niederschlagung gemeint, die Forderung als solche bleibe bestehen und könne auch realisiert werden, wenn sich entsprechende Hinweise ergeben. Sie werde technisch allerdings aus dem Haushalt entfernt.

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Beschluss:

Die gegen die Firma Salega Vertriebs GmbH, Fliederstraße 18 – 20, 63486 Bruchköbel bestehenden Forderungen:

Gewerbsteuer 2006, fällig 28.03.2008	=	41.712,00 Euro
Gewerbsteuer 2007, fällig 16.04.2009	=	8.992,00 Euro

Abfallbeseitigung 2008 = 419,20 Euro
51.123,20 Euro

werden unbefristet niedergeschlagen.

TOP 14 | DS 144/2010 | Niederschlagung gegen Herrn Wolfgang Müller

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Beschluss:

Die gegen Herrn Wolfgang Müller, Am Hain 77, 63654 Büdingen, bestehenden Forderungen:

Gewerbesteuer 2005	=	2.406,40 €
Gewerbesteuer 2006	=	5.568,00 €
Gewerbesteuer 2007	=	17.200,00 €
Gewerbesteuer 2008	=	14.726,40 €
Nachzahlungszinsen 2005	=	192,00 €
Nachzahlungszinsen 2006	=	111,00 €
Nachzahlungszinsen 2007	=	172,00 €
Verspätungszuschlag 2005	=	65,00 €
Verspätungszuschlag 2006	=	<u>120,00 €</u>
		40.560,80 €
		=====

werden unbefristet niedergeschlagen.

TOP 15 | DS 210/2010 | Verkauf eines Grundstückes "Im Lohfeld", Gemarkung Bruchköbel

Abstimmung: einstimmig beschlossen

Beschluss:

Dem Verkauf eines noch zu vermessenden Grundstückes zur Größe von 3.500 qm im Baugebiet „Im Lohfeld“, Gemarkung Bruchköbel, an Herrn Christian Schultheis, wohnhaft Martin-Luther-Straße 16, 63452 Hanau, wird zugestimmt.

Der Verkaufspreis für erschlossenes Bauland, zuzüglich der Hausanschlusskosten, beträgt für 2.001 qm – 5.000 qm 110,–€/qm.

TOP 16 | DS 222/2010 | Verkauf der städtischen Liegenschaft Schulzenstraße 1

Der Stadtverordnete Rabold begrüßt grundsätzlich den Verkauf des Grundstückes, weist aber darauf hin dass für den konkreten Käufer schon einmal ein entsprechender Beschluss herbeigeführt wurde und danach die Kaufpreiszahlung gescheitert sei. Er fragt, ob diesmal die Finanzierung gesichert sei und ob eine ordnungsgemäße Erhaltung beziehungsweise eine Sanierung des Gebäudes in Rede stehe. Der Bürgermeister berichtet, die Finanzierung sei nachgewiesen. Die Bauerhaltung beziehungsweise Sanierung liege sodann im alleinigen Bereich des neuen Eigentümers.

Abstimmung: bei 22 Ja-Stimmen und 8 Enthaltungen beschlossen

Beschluss:

Dem Verkauf der städtischen Liegenschaft „Schulzenstraße 1“ an die Mieterin Frau Nazire Bava-tur wird zugestimmt. Der Kaufpreis beträgt 95.000,– €.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Stadtverordnetenvorsteher die Sitzung um 22:55 Uhr.

(Thomas Demuth)
Stadtverordnetenvorsteher



(Dr. Achim Wächtler)
Schriftführer